

DEUTSCHLAND-UNION-DIENST

INFORMATIONSDIENST DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UND CHRISTLICH-SOZIALEN UNION DEUTSCHLANDS

REDAKTION UND VERTRIEB: FRANKFURT A. M.

Bettinastraße 64 · Fernsprecher: 77178/77906

Herausgegeben von Bruno Dörpinghaus mit Genehmigung der Militärregierung

Postscheckkonto: Frankfurt am Main 39967 · Bankkonto: Hessische Bank, Frankfurt a. M. 125739

beide unter Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands

Nr. 50, 3. Jhrg. (C) Frankfurt a. M., 12. März 1949.

Seite 1

Heute lesen Sie:

Aus der Union

Der ehemalige Direktor der Verwaltung für Wirtschaft, Dr. Semler, erklärte, daß er nicht für den Posten des Landesvorsitzenden CSU in Bayern kandidieren wolle.

Innenpolitik

Zur Wahrnehmung der aus dem Marshall-Plan sich ergebenden Interessen hat der Frankfurter Länderrat die Bildung eines aus Vertretern des Verwaltungsrates, des Wirtschafts- und des Länderrates bestehenden Ausschusses vorgeschlagen, für den auf Vorschlag des Länderrates Finanzminister Dr. Hilpert (CDU), Wirtschaftsminister Dr. Seidel (CSU), Wirtschaftsminister Dr. Veith (SPD) und der Bevollmächtigte Hamburgs, Dr. Hansen, benannt wurden.

Aus den Parteien

Die vier aus der Zentrums-Partei ausgeschlossenen Landtagsabgeordneten von Nordrhein-Westfalen, Fein, Kemper, Muckermann und Steffensmeier, haben sich der CDU-Fraktion des Landtages angeschlossen.

Berlin

Der Vorsitzende der Berliner CDU, Dr. Walter Schreiber, bezeichnete den Berliner Besuch des englischen Premierministers Attlee als einen sichtbaren Ausdruck für die große Bedeutung Berlins in der Weltpolitik. Dr. Schreiber wies im besonderen darauf hin, daß sich die Demokratie nur in Freiheit und Selbstbestimmung entwickeln könne, und daß das deutsche Volk nur dann Geschmack an demokratischen Einrichtungen finden werde, wenn es sich nicht in jedem und allem bevormundet sehe.

Grenzlandfragen

Eine große Grenzland-Kundgebung ist am 13. März mit Ansprachen von Ministerpräsident Arnold und dem Vorsitzenden des nordrhein-westfälischen Grenzausschusses, Dr. Leo Schwering (CDU), in Düren.

Wirtschaftspolitik

In einer Aussprache zwischen Oberdirektor Dr. Pünder, Prof. Dr. Erhard und der Generaldirektor Dr. Kost von der Kohlenbergbauleitung wurde Übereinstimmung darüber erzielt, daß die Tendenz der sinkenden Preise durch die Rationalisierung der Betriebe und das Ausscheiden unlauterer Elemente fortgesetzt werden müsse.

"Kein neuer Nationalismus"

=====

In einer Diskussion der Hochschulgruppe der JUNGEN UNION in der Freien Universität Berlins erklärte Dr. Robert Tillmanns vom Landesvorstand der CDU, die Militärregierungen würden uns Deutschen nur dann größere Verantwortung übergeben, wenn wir durch Mitgestaltung des öffentlichen Lebens demokratische Haltung bewiesen. Mit diesen Worten nahm Dr. Tillmanns zu dem Thema der Diskussion: "Studenten gegen Parteien?" Stellung. Auf den Hinweis, die deutschen Politiker sollten auch im Westen den Besatzungsmächten gegenüber kompromißloser sein, antwortete er: "Es gibt Grenzen für die Bereitschaft zur Zusammenarbeit, aber es darf zu keinen nationalistischen Verkrampfungen gegenüber den Alliierten kommen. Nichts ist wichtiger, als daß versucht wird, einen neuen Nationalismus durch gerechte Politik zu verhindern".

SPD-Personalpolitik

=====

Heinz Heidel (CDU), der Leiter des Steglitzer Jugendausschusses, wurde von dem sozialdemokratischen Bürgermeister Mattis vom Dienst beurlaubt. Als Begründung für die Maßregelung werden Heidel Zusammenarbeit mit der regsamen "Arbeitsgemeinschaft junger Kulturschaffender" und politische Differenzen mit den SPD-Vertretern der Jugendausschüsse von Tempelhof und Tiergarten angegeben. Mit Heidel verliert die Berliner kommunale Jugendarbeit an der Zeit einzigen Nichtmarxisten in leitender Stellung.

Der Vorfall ist ein durchschlagender Beweis für die unduldsame Haltung der Berliner SPD, die bisher nicht müde wurde, zu erklären, daß eine einheitliche Haltung aller Parteien gegenüber der SED gerade in Berlin angestrebt werden muß. In kulturpolitischen Angelegenheiten dagegen zieht die SPD es hier wie überall vor, ihre eigenen Wege zu gehen.

Aus dem Sowjet-Paradies

=====

Gegen den ersten Vizepräsidenten des brandenburgischen Landtages und Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Landesleitung der Ostzonen-CDU, Dr. Schütze, und gegen das Landesvorstandsmitglied Klaus Plümecke sind Parteiausschlußverfahren eingeleitet worden. Sie sollen "Beziehungen zur West-Berliner Presse" gehabt haben.

Der Kreisvorsitzende der CDU in Eisenach, Johann Panther, hat nach Mitteilung der hessischen Grenzpolizei mit seiner Frau und seinem dreijährigen Kind die Zonengrenze bei Obersuhl überschritten. Panther, der dem thüringischen Landesvorstand der CDU angehörte, erklärte, er sollte "wegen Widerstandes gegen die sowjetische Besatzungsmacht" verhaftet werden.

Sperrzone im Grenzgebiet

=====

An der deutsch-belgischen Grenze ist auf Veranlassung der englischen Besatzungsbehörden ein Sperrgebiet gebildet worden, das einige hundert Quadratkilometer umfaßt und in dem 13000 Menschen wohnen. Wie man hört, sollen weitere Sperrgebiete an der deutsch-holländischen Grenze in Vorbereitung sein. Die Bevölkerung der betroffenen Gebiete ist in heller Aufregung, zumal die deutschen Dienststellen tiefstes Schweigen über den Zweck der Maßnahmen und über die Einzelheiten der technischen Durchführung bewahren. Zwischen dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und dem englischen Zivilgouverneur dieses Landes schweben zur Zeit Verhandlungen über die Sperrgebiete.

Die Gerichte wollen nicht verstummen, daß es sich hier um die Vorbereitungen zu den von Belgien und Holland geforderten Gebietsabtretungen handelt. In der Tat entsprechen die vorgesehenen Sperrgebiete ziemlich genau diesen Gebietsforderungen. Es scheint also, als ob auf dem Verordnungswege Endgültigkeiten geschaffen werden, die nach allem Recht und allen bisherigen Verträgen dem Friedensvertrag vorbehalten sein sollten.

Wie hieß es doch in der Atlantik-Charta?

"Sie (England und die USA) wünschen nicht, daß territoriale Veränderungen zustande kommen, die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker übereinstimmen".

Dieser Grundsatz, zu dem sich alle Mitgliedstaaten der UN ausdrücklich bekannt haben, ist im deutschen Osten und im Saargebiet bereits praktisch durchbrochen worden. Die Engländer und Amerikaner haben allerdings hier die Entschuldigung, daß sie daran nicht unmittelbar mitgewirkt haben, und daß sie keine Machtmittel gehabt hätten, diese territorialen Veränderungen zu verhindern. Was jetzt aber in der britischen Zone geschieht, geht eine der beiden Unterzeichnermächte der Atlantik-Charta unmittelbar an. England scheint "territoriale Veränderungen" dulden zu wollen, die "nicht mit den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Bevölkerung übereinstimmen".

Man sagt, der Frieden in der Welt leide darunter, daß die Achtung vor Verträgen geschwunden sei. Die Atlantik-Charta ist gewiß ein frei und ohne jeden Zwang zustandegekommener Pakt, ja, es lag dazu nicht einmal eine zwingende Notwendigkeit vor. Würde diese von allen freien Völkern der Welt als politischer Grundstein der Neuordnung nach diesem schlimmsten aller Kriege betrachtete Charta zu einem Stück Papier degradiert - der Friede, die Demokratie und die Freiheit erhielten den schwersten Schlag.

=====
Verantwortlich: Bruno Dörpinghaus, Frankfurt a.M., Bettinastr. 64.
Lizenz der Informationskontrolle der Militärregierung US/W 2065.
Gedruckt in der Redaktion DUD, Frankfurt a.M., III/49/600.
Veröffentlichung nur mit Quellenangabe DUD gestattet.
=====